

## **Newsletter 4/2020**

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

wir möchten euch auf vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen sowie über Vergangenes und längerfristige Projekte informieren. So beginnen in der Regel die Newsletter von Attac Hamburg. Infolge der weltweiten Verbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 und der von ihm verursachten Krankheit COVID-19 muss diese Ankündigung einige Einschränkungen erfahren.

Veranstaltungen und persönliche Treffen können bis auf Weiteres nicht stattfinden. Das heißt jedoch nicht, dass die Arbeit von Attac Hamburg ebenfalls bis auf Weiteres ruht. Anders gesagt: Wir bleiben aktiv, beobachten, informieren uns und tauschen uns aus (per E-Mail und Telefon) und Projekte und Vorhaben werden nicht eingestellt. Denn auch wenn die Corona-Pandemie und der Umgang damit im Moment alle sonstigen gesellschaftlich und politisch relevanten Themen überlagern oder in den Hintergrund drängen mag, dulden zum Beispiel die Beschäftigung mit dem Klimawandel und seinen Folgen, dem Thema Frieden, der unumgänglichen Umgestaltung der Art, wie wir produzieren und konsumieren, und somit die Weiterführung der von Attac initiierten Kampagne für eine sozial-ökologische Transformation keinen Aufschub. Das gestaltet sich nun schwieriger, ist aber nicht unmöglich.

Gleichwohl kommen wir nicht umhin, uns mit Corona und den Folgen zu befassen, und wir tun das, indem die Bearbeitung unserer bisherigen Themen nun unter Bezug auf die Pandemie erfolgt.

### **Corona-Pandemie und Wirtschaftskrise**

Wie Winfried Wolf in seinem Artikel [Die neue Weltwirtschaftskrise, das Corona-Virus und ein kaputt gesparter Gesundheitssektor](#) ausführt, zeichnete sich die aktuelle Wirtschaftskrise schon im Herbst 2019 ab. Sie ist also keineswegs die Folge der Ausbreitung von COVID-19, wird allerdings dadurch verstärkt. Auch die aktuelle Krise macht die Unzulänglichkeiten, Anfälligkeiten, Widersprüche und Widerwärtigkeiten des kapitalistischen Systems deutlich. Das betrifft insbesondere das Gesundheitssystem, das auf Profitorientierung getrimmt wurde und infolge von Privatisierungen, Schließung von Krankenhäusern, Mittelkürzungen und Personalabbau schon im Normalbetrieb überlastet ist. Man mag sich die Augen reiben angesichts der Bereitschaft und Geschwindigkeit, mit der aufseiten von Politik und Wirtschaft „heilige Güter“ wie die sogenannte Schuldenbremse und das Dogma vom „freien Markt“ preisgegeben werden und plötzlich riesige Summen für die Bewältigung der Krise bereitgestellt werden

können, die zuvor für eine menschen- und umweltgerechte Gestaltung der Gesellschaft angeblich nicht vorhanden waren.

Neu ist das allerdings nicht. Die Kosten für Krisen des Kapitals wurden schon immer auf den Staat beziehungsweise die Gesellschaft abgewälzt, wie zuletzt nach der Finanzkrise ab 2008. Einige Unternehmen schicken sich wie gehabt auch jetzt wieder an, aus der Krise Gewinn zu ziehen – durch Spekulationen an den Börsen, durch erhöhte Preise für dringend benötigte Hilfsmittel in Krankenhäusern oder im täglichen Leben und für Lebensmittel, durch die Aussetzung von Mietzahlungen (die dann von der Gesellschaft übernommen werden), durch das Abgreifen von Kurzarbeitsgeld usw. Noch in jeder Krise wurde aufseiten des Kapitals das Dogma der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft „vergessen“ und nach staatlicher Hilfe gerufen. Man sollte erwarten können, dass diejenigen, die jahrelang riesige Dividenden eingefahren haben, nun „ihre“ Unternehmen finanziell unterstützen, damit sie die Krise überstehen können, oder dass die Unternehmen erst einmal auf ihre Rücklagen zugreifen oder dass Aktiengesellschaften im laufenden Jahr auf die Zahlung von Dividenden und hoher Boni verzichten und das Geld für die Auszahlung von Löhnen verwenden, statt Kurzarbeitsgeld zu beziehen. Doch das ist im Kapitalismus nicht vorgesehen und politisch auch nicht gewollt. Es ist Zeit, etwas anderes anzustreben und durchzusetzen: [Welche Wirtschaft wollen wir retten?](#)

## **Corona-Krise: solidarisch und sozial gerecht handeln**

Das ist das Motto und der Titel des ersten Textes einer Reihe von Beiträgen zu den Begleiterscheinungen und den Folgen der Corona-Pandemie, die von Attac Hamburg entwickelt und auf der [Website](#) veröffentlicht werden. Die Titel der einzelnen Beiträge folgen dem Muster „Corona und ...“. Die folgenden Beiträge wurden bereits veröffentlicht:

[Corona-Krise: solidarisch und sozial gerecht handeln](#)

[Corona und das Gesundheitswesen](#)

[Corona und die Lage der Beschäftigten](#)

[Corona und die Lage von Menschen in prekären Verhältnissen](#)

[Corona und die Wohnsituation](#)

Siehe auch [Corona: Was jetzt wirklich wichtig ist](#) von Attac Deutschland

## **Die Frage der Solidarität**

Für Attac und viele andere Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen ist Solidarität nicht nur in Krisenzeiten eine Selbstverständlichkeit und international. In den letzten Wochen wurde angesichts der Corona-Pandemie und ihrer Folgen vonseiten der Politik

mehrfach Solidarität eingefordert, unter anderem von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesfinanzminister Olaf Scholz und der neuen Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen. Was ist davon zu halten?

Frank-Walter Steinmeier und Olaf Scholz waren Anfang des vorletzten Jahrzehnts maßgeblich an der Erarbeitung und Umsetzung der sogenannten Agenda 2010 beteiligt, die bekanntlich das Sozialrecht beschnitt, das Arbeitslosengeld 2 einführte und mit Rentenkürzungen und weiteren Privatisierungen, nicht zuletzt im Gesundheitswesen, verbunden war. Für viele Menschen bereitete diese Politik den Weg in die Armut. Angela Merkel hat diese Politik befürwortet und weitergeführt. Auch Ursula von der Leyen gehört zu den Politikerinnen und Politikern, die maßgeblich für eine Politik der Privatisierung und Kommerzialisierung verantwortlich sind, eine Politik für Reiche, Banken und Großkonzerne und gegen Solidarität, gegen eine Verringerung von Ungleichheit, gegen gute Lebensbedingungen für alle, gegen Hilfe für Menschen in Not (Geflüchtete, Obdachlose ...).

Als sich ab Herbst 2014 die Versorgungslage in den Flüchtlingslagern im Libanon und in Jordanien, wohin auch viele Menschen aus Syrien geflüchtet waren, zunehmend verschlechterte, bat das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) etliche europäische Regierung um finanzielle Hilfe. Die meisten verweigerten sie oder kürzten sogar die Höhe der bisherigen Hilfsleistungen, auch die Bundesregierung – [Geberkonferenz für Syrien](#). Das Handeln der selbsternannten westlichen Wertegemeinschaft folgte dem Grundsatz [Krieg ja, Hilfe für Flüchtlinge nein](#).

Mit der Solidarität innerhalb der Europäischen Union (EU) sieht es nicht anders aus? Im Lauf der Finanzkrise ab 2008 wurden einigen EU-Mitgliedsstaaten drastische Kürzungsprogramme auferlegt, wofür sich insbesondere die Bundesregierung stark machte. Die italienische Regierung wurde zu erheblichen Einschnitten gezwungen, nicht etwa bei den Rüstungsausgaben, sondern im Gesundheitswesen. Eine direkte Folge davon sind die aktuellen Probleme im Umgang mit der Corona-Pandemie – [Kaputtgespartes Italien](#).

Auch in der aktuellen Situation ist von gegenseitiger Hilfe wenig zu merken, nationale Interessen gewinnen die Oberhand, man schottet sich ab, verbietet den Export medizinischer Schutzausrüstung: [Tschechien und Polen beschlagnahmen Atemschutzmasken und Beatmungsgeräte für Italien](#) – [Das Phrasen-Virus: Steinmeier und die Solidarität](#) – [Corona demaskiert den Westen](#) – [EU in der Krise](#).

Der Abbau demokratischer und sozialer Errungenschaften ist in vielen EU-Ländern schon länger im Gang. Mit der Corona-Pandemie schreitet er voran. In Griechenland wurde Anfang März 2020 das Grundrecht auf Asyl außer Kraft gesetzt. Dem wurde von EU-Seite nicht widersprochen. Knapp drei Wochen später zog die Bundesregierung nach. Außerdem wurde der Familiennachzug ausgesetzt. Damit wird gegen zwei Artikel des Grundgesetzes verstoßen. Hinzu kamen Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit und eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes, das die Bundesregierung mit weitreichenden Vollmachten ausstattet und ihr ermöglicht, noch

mehr als bisher durch Verordnungen ohne ausreichende parlamentarische Kontrolle Grundrechte einzuschränken: [Grundrechtsfragen und Infektionsschutzgesetz](#).

Viele Maßnahmen stoßen in der Bevölkerung durchaus auf Verständnis, geht es doch darum, angesichts der hohen Ausbreitungsgeschwindigkeit von des Virus die Ansteckungsgefahr zu verringern. Doch es stellt sich die Frage, ob solche autoritären Maßnahmen wirklich notwendig sind und ob sie wieder rückgängig gemacht werden: [Coronavirus als Grundrechtsskiller](#).

Nicht in allen Ländern wurden solche drastischen Maßnahmen beschlossen. In Schweden zum Beispiel wurden bisher nur Gymnasien und Universitäten geschlossen, während Grundschulen, Kindergärten, Restaurants und Gaststätten geöffnet bleiben dürfen. Für Versammlungen und Veranstaltungen wurde die Zahl der Teilnehmenden mittlerweile auf 50 beschränkt. Ansonsten setze man auf die Vernunft der Bevölkerung. Dazu Ministerpräsident Stefan Löfven: „Wir alle müssen als Individuen unsere Verantwortung übernehmen, Wir können nicht alles gesetzlich regeln und verbieten.“ Der Kurs stößt bei der Bevölkerung auf Zustimmung, doch es werden auch Forderungen nach konsequenteren Maßnahmen erhoben: [Schweden geht den Corona-Sonderweg - Schweden und das Coronavirus](#).

In Südkorea wurde sehr viel schneller als in den meisten anderen Teilen der Welt auf die Ausbreitung des Virus reagiert. Es wurde sofort begonnen, massiv zu testen, Infektionswege konsequent zurückzuverfolgen und die Bevölkerung laufend und umfassend zu informieren. Schulen und Universitäten wurden geschlossen, nicht aber Restaurants und sogar Einkaufszentren. Auf Ausgangssperren wurde verzichtet: [Südkorea erfolgreich gegen die Epidemie](#).

## **Gesundheitssystem von Grund auf erneuern**

Für jede Gesellschaft ist ein gut ausgestattetes und flächendeckendes öffentliches Gesundheitssystem zwingend notwendig – zu jeder Zeit. Privatisierung und Kommerzialisierung stehen einer menschengerechten Gesundheitsversorgung nicht nur im Weg, sondern sind letztendlich für viele auch tödlich. Zwingend notwendig sind außerdem gute Arbeitsbedingungen und genügend Fachkräfte. Viele Pflegekräfte, die ihren Beruf in den letzten Jahren aufgegeben haben, sind bereit ihn bei verbesserten Bedingungen wiederaufzunehmen, von Fachkräftemangel in der Pflege kann also keine Rede sein: [#PflegeComeBack Studie](#).

Angesichts der Folgen der in den letzten Jahren betriebenen Gesundheitspolitik ist es geradezu verbrecherisch, weitere Krankenhäuser schließen zu wollen, wie es zum Beispiel von der Bertelsmann Stiftung in einer Studie vorgeschlagen wird und von der Politik geplant ist. Widerstand ist notwendig: Petition [Krankenschließungen jetzt stoppen!](#) – [Petition für eine gute Krankenhausversorgung im ländlichen Raum](#) – [Das Gift als Heilmittel](#) – [Corona-Pandemie – eine historische Wende](#).

## **Internationale Solidarität und internationale Kämpfe**

### ► Attac Deutschland

#### [Attac fordert ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitssystem und einen Umbau der Wirtschaft!](#)

„Privatisierung der Krankenhäuser, Reduzierung der Krankenhausbetten und die Ausrichtung des Gesundheitswesens auf Profitorientierung statt auf eine möglichst gute Gesundheitsversorgung für alle rächt sich nun. Die Krise muss Anlass sein, die Prioritäten wieder geradezurücken und die Versorgung von Menschen in den Vordergrund zu stellen. Menschen zu helfen, ist der Zweck eines Gesundheitssystems, nicht Profite für private Krankenhauskonzerne zu erzielen. Die von der Regierung angekündigten Anreize für zusätzliche Betten, Appelle an die Krankenhäuser und geplante Abrechnungserleichterungen sind völlig unzureichend und setzen weiterhin auf Marktmechanismen. Dabei hat gerade die Einführung von immer mehr Markt in das Gesundheitswesen die Misere verursacht.

[...]

Die Rettungsaktionen dürfen nicht zu Lasten der unteren und mittleren Einkommensbezieher\*innen gehen – sie müssen vielmehr von denen getragen werden, die in den letzten Jahren besonders von der zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen profitiert haben.“

#### [Solidarisch und nachhaltig aus der Krise](#)

„Die Versorgungskrise im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie führt uns drastisch vor Augen, was die Durchsetzung der Profitlogik im Gesundheitssystem angerichtet hat, an vorderster Stelle die Finanzierung der Krankenhäuser über Fallpauschalen. Der damit verbundene Personalabbau, die Arbeitsverdichtung und schlechte Bezahlung sowie der gravierende Abbau von Kapazitäten haben diesen Sektor in der jetzigen Krise an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Trotz fast übermenschlicher Anstrengungen der Beschäftigten ist die notwendige Gesundheitsversorgung der Menschen nicht gewährleistet. Das System der Fallpauschale ist deshalb sofort zu beenden.

[...]

In diesen Zeiten von COVID-19 müssen wir den Blick aber auch über Deutschland und Europa hinaus richten. Ob in den syrischen Fluchtgebieten, in afrikanischen Townships oder in lateinamerikanischen Metropolen – das Virus trifft die dortige arme Bevölkerung besonders hart. Gerade auch gegen die Haltung von Rechtspopulisten und Nationalisten geht es jetzt darum, die internationale Hilfe zu verstärken. Dafür müssen größere Ressourcen für regionale und internationale Organisationen, vor allem für vor Ort tätige Nichtregierungsorganisationen, bereitgestellt werden. Außerdem geht es um die sofortige Hilfe für die Geflüchteten im Grenzbereich Europas, insbesondere in den Lagern auf den griechischen Inseln. Aufgrund der dortigen Bedingungen ist bei einer Verbreitung des Virus eine Katastrophe zu erwarten. Das muss durch die Aufnahme der Menschen aus den Lagern bei uns verhindert werden. Zur internationalen Solidarität gehört zudem ein sofortiger globaler Waffenstillstand in allen Kriegs- und Krisengebieten der Welt. Ebenso sind Sanktionen gegen Länder einzustellen.“

- Pressemitteilung des Europäischen Netzwerks gegen die Kommerzialisierung und Privatisierung von Gesundheits- und Sozialschutz: [Solidarität verbreiten, nicht das Virus](#)

„Heute ist es dringender denn je, zu handeln. Die Epidemie von COVID-19 zeigt uns, wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen ist, nicht nur in unseren eigenen lokalen Gesundheitssystemen, sondern auch auf nationaler und internationaler Ebene. Was wir jetzt brauchen, ist ein starkes, auf Solidarität gegründetes Gesundheitssystem für alle und eine Koordinierung, die über die nationalen Grenzen hinausgeht, mit wirksamen Maßnahmen auf europäischer und globaler Ebene.“

## 7. April 2020: [Aktionen](#) anlässlich des Weltgesundheitstags

- Erklärung des Verwaltungsrats von Attac Frankreich: [Gesundheitskrise: Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit](#)

„Wenn heute jede und jeder von uns zu Hause bleibt, bedeutet dies nicht das Ende kollektiver Aktionen und Gesten der Solidarität. Im Gegenteil, in der kommenden Zeit wird die Solidarität zu einem wesentlichen Element. Solidarität in den Wohngebäuden, in den Stadtvierteln, in den Dörfern, um kollektive Versorgungen zu organisieren, um die Fahrten einzuschränken, um auf die dringendsten Bedürfnisse zu reagieren; Solidarität mit den Beschäftigten, deren Arbeit unentbehrlich ist, indem man die Kinderbetreuung organisiert, wenn der Staat dies nicht tut; Solidarität mit den isolierten Menschen, indem man den telefonischen Kontakt mit ihnen aufrechterhält; äußerste Wachsamkeit in Bezug auf häusliche Gewalt, die sich in Zeiten der Ausgangssperre vervielfachen kann; finanzielle Solidarität mit den am meisten benachteiligten Personen ...“

- Aufruf aus Frankreich: [Lasst uns angesichts der Pandemie mit einer Welle der Solidarität auf die „Schockstrategie“ antworten!](#)

„Angesichts des Ausmaßes der Erschütterung ruft selbst Emmanuel Macron dazu auf, ‚neue Wege der Solidarität zu gehen‘. Aber wir lassen uns nicht von dem berühmten ‚Gleichzeitig‘ täuschen: Die gegenseitige Hilfe, die wir aufbauen, ist nicht die Krücke eines gescheiterten neoliberalen Staates. Sie wird nicht das trojanische Pferd für eine künftige ‚Schockstrategie‘ sein, die auf Homeoffice, ‚freiwilliger Bürgerarbeit‘ in zerstörten öffentlichen Diensten und Fortführung der Zerstörung sozialpolitischer Errungenschaften im Namen des ‚Gesundheitsnotstands‘ beruht.

Unsere Solidarität ist die der breiten Bevölkerung, der Menschen ‚da unten‘, die zusammenstehen, um zu überleben und in Würde zu leben. Sie hat nichts mit der Solidarität der Welteliten zu tun, die sich in ihren goldenen Palästen verstecken, geschützt und desinfiziert [...].“

- [NIE WIEDER!](#) 19 Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Umweltorganisationen in Frankreich rufen dazu auf, „den Tag danach“ vorzubereiten

„Durch die Übertragung der Steuerung unserer Gesellschaften in die Hände von Wirtschaftskräften hat der Neoliberalismus die Fähigkeit unserer Staaten, auf Krisen

wie die Covid-19-Krise zu reagieren, sehr stark reduziert. Die Coronavirus-Krise, die den gesamten Planeten trifft, offenbart die tiefgreifenden Mängel der neoliberalen Politik. Sie ist ein Funke auf einem Pulverfass, das kurz davor war zu explodieren. Emmanuel Macron fordert in seinen jüngsten Reden ‚bahnbrechende Entscheidungen‘ und ‚Dienstleistungen [...] außerhalb der Gesetze des Marktes‘. Unsere Organisationen, die sich der sozialen und ökologischen Notlage bewusst sind und seit Jahren Alarm schlagen, erwarten nicht Reden, sondern tiefgreifende politische Veränderungen, um auf die unmittelbaren Bedürfnisse zu reagieren und die historische Chance zu nutzen, mit dem System aufzuräumen, in Frankreich und in der Welt.“

- ▶ Stellungnahmen des DGB zu Maßnahmen in der Corona-Krise
- ▶ ver.di: Corona-Krise: Sozialschutz-Paket der Bundesregierung verfehlt Ziel
- ▶ Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden: Ostermarsch 2020 – andere Formen
- ▶ medico international: Corona-Dossier. Solidarität in Zeiten der Pandemie
- ▶ Potere al Popolo: Brief aus Italien zu der Zeit des Coronavirus
- ▶ Ärzte ohne Grenzen: Coronavirus: Evakuierung der EU-Flüchtlingslager in Griechenland dringender denn je
- ▶ Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs: Friedensarbeit in Zeiten der Corona-Krise

## **Corona in Hamburg**

In Hamburg wie auch anderswo sind Menschen in prekären Lebensverhältnissen besonders gefährdet, in erster Linie Geflüchtete, Wohnungslose, Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld 2 und Menschen mit niedrigen Einkommen. Sie gilt es besonders zu schützen und zu unterstützen, was aber nicht ausreichend geschieht. Von der vielfach beschworenen Solidarität ist nichts zu spüren.

Für Geflüchtete, die in Sammelunterkünften (die nicht gerade als gemeinsame Wohnungen gelten können) untergebracht sind, ist es besonders schwierig, den geforderten Sicherheitsabstand zu anderen Personen einzuhalten. Da liegt der Gedanke nahe, die Sammelunterkünfte zu schließen und ihre Bewohner/-innen auf andere Orte zu verteilen. Dafür können derzeit ohnehin leerstehende Hotels und sonstige Beherbergungsbetriebe genutzt werden. Auch Wohnungslose könnten, sofern sie es wünschen, dort untergebracht werden. In einem offenen Brief an den Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher und die zuständigen Senatsmitglieder Andy Grote (Inneres), Melanie Leonhard (Soziales) und Cornelia Prüfer-Storck (Gesundheit) hat der Flüchtlingsrat Hamburg am 18. März 2020 ausreichende Schutzmaßnahmen für Geflüchtete gefordert.



Unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie wurde das Zelt der Gruppe Lampedusa in Hamburg, das sieben Jahre lang am Steindamm stand, am 26. März 2020 von der Polizei geräumt und abtransportiert. Für die Gruppe „ist das Zelt ein Symbol und ein zentraler Punkt unseres Kampfes für die Bewegungsfreiheit und das Bleiberecht in Deutschland“, wie es in einer [Presseerklärung](#) vom 30. März 2020 heißt. „Bereits am 16. März, nach der Allgemeinverfügung zur Eindämmung des Coronavirus in Hamburg, hielt sich die Gruppe an die neuen Vorschriften. In der Woche vor dem erzwungenen Abbau unseres Zeltes am Steindamm wurden einige präventive Maßnahmen ergriffen. Die Gruppe hatte alle ihre Aktivist\*innen aufgefordert, sich nicht um das Zelt herum zu versammeln, außerdem waren zu jeder Zeit nur maximal zwei Mitglieder aus Lampedusa im Zelt anwesend, um die permanente Manifestation fortzusetzen.“

In einer [Presseerklärung](#) des Bündnisses Solidarische Stadt Hamburg, zu dem auch Attac Hamburg gehört, vom 29. März 2020 heißt es dazu: „Der Abriss ihres Zeltes muss von den etwa 300 Mitgliedern als endgültige Absage der Regierenden und Behörden an internationale Solidarität verstanden werden. ‚Wir teilen ihre Empörung und fordern die Wiedererrichtung durch die Hamburger Behörden!‘, teilt Möller-Santner mit.“

Die Einschränkung von Grundrechten wird auch in Hamburg zunehmend verschärft: [Verordnung zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in der Freien und Hansestadt Hamburg](#) inklusive Bußgeldkatalog vom 2. April 2020.

Zu der neuen Verordnung und zum Umgang mit der Pandemie in Hamburg hat das Netzwerk Recht auf Stadt am 3. April 2020 eine [Pressemitteilung](#) veröffentlicht: GrundRECHT auf Stadt – für alle! Nicht das Geld darf darüber entscheiden, wie viel Ausnahmezustand man sich leisten kann.

Durch die Schließung beziehungsweise den eingeschränkten Betrieb der Tafeln (die in einem Sozialstaat nicht notwendig sein sollten) ist für Wohnungslose, Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld 2 und Menschen mit niedrigen Einkommen ein erheblicher Beitrag zur Lebensmittelversorgung weggefallen. Zur Unterstützung dieses Personenkreises und von Erwerbstätigen, deren Einkommen infolge der Corona-Pandemie sinken oder ganz entfallen, hat der Erwerbslosenverein [Tacheles](#) eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet.

\*\*\*\*\*

## Veranstaltungen

**Sonntag, 5. April 2020**

**Leave No One Behind: bundesweiter Aktionstag für die Evakuierung der griechischen Lager**

Aus dem [Aufruf](#)

„Am Sonntag, den 5. April, setzen wir ein Zeichen. Wir setzen ein Zeichen unseres Protestes vor den Orten, die gerade darüber entscheiden, ob die Menschen auf den Inseln ihrem Schicksal überlassen werden oder nicht. Und wir setzen ein Zeichen an öffentlichen Orten und sagen: Hier ist Platz! **Wir spazieren einzeln im Minutentakt**



**an diesen Orten vorbei und hinterlassen dabei farbige Fußabdrücke oder leere Schuhe.** Wir können nicht zeitgleich mit vielen an einem Ort sein und wir werden auf unserer aller Gesundheit achten, aber wir können trotzdem zeigen, dass wir viele sind und unsere Spuren im öffentlichen Raum hinterlassen.“

Eine Aktion der Seebrücke Hamburg und weiterer Organisationen

Pressemitteilung der Seebrücke Hamburg vom 3. April 2020: [Eilverfahren gegen Verbot der Aktion für die Evakuierung der Lager](#)

„In Hamburg soll es zwischen 12:00 und 16:00 eine Aktion mit Kunstcharakter am St. Pauli Fischmarkt geben. Die Teilnehmenden werden aufgefordert – höchstens zu zweit und unter Beachtung des Sicherheitsabstandes von mindestens 2 Metern – vor Ort alte Schuhe zu hinterlassen oder ihre Fußspuren mit Kreide auf dem Platz zu markieren. So soll über die Zeit verteilt ein Bild entstehen, das sowohl zeigt, wie viele Menschen an der Aktion teilgenommen haben, als auch symbolisch für die Abwesenden – also insbesondere die geflüchteten Menschen in Moria und den anderen griechischen Lagern – steht.

Leider hat die Polizei unter Hinweis auf die Allgemeinverfügung diese Aktion untersagt. Eine notwendige Ausnahmegenehmigung der Gesundheitsbehörde sei nicht erteilt worden. Es wurde keine inhaltliche Begründung gegeben, inwiefern von der Aktion trotz der sorgfältigen und verantwortungsvollen Planung eine konkrete Gesundheitsgefahr ausgehen könnte.

Gegen dieses Verbot hat Rechtsanwältin Gabriele Heinecke in unserem Auftrag Rechtsmittel, konkret Widerspruch und Eilantrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung erhoben, der nun vor dem Verwaltungsgericht Hamburg verhandelt wird.“

Eine Entscheidung steht noch aus.

\*\*\*\*\*

## **Ostermarsch im Netz**

Der Hamburger Ostermarsch kann dieses Jahr nicht wie gewohnt auf der Straße, sondern nur online stattfinden. Das [Hamburger Forum](#) für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung erklärt, wie das funktioniert.

\*\*\*\*\*

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg

Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, erster Stock, 22765 Hamburg

<https://attac.hamburg> – E-Mail: [hamburg@attac.de](mailto:hamburg@attac.de)